

Kein Fortschritt bei der Praktikums-Frage

Freitag, 10. Mai 2019

Von: Christine Flitner



Das Personal geht leer aus. Bild:
Florian Thalmann

In Basel gibt es zwar ein neues Kita-Gesetz, aber in der Frage der Praktikantinnen bleibt dennoch alles beim Alten. Einmal mehr zeigt sich, dass der Ausbau der Tagesbetreuung von den bürgerlichen Parteien überall zu Lasten des Personals geplant wird.

Basel-Stadt will die Kinderbetreuung weiter ausbauen und das aktuelle System vereinfachen - das ist löblich. Aber die wichtigste Frage bleibt wieder einmal ungelöst. Betreuung sei primär Sache der Familien, argumentieren die bürgerlichen Parteien, und verwischen damit die Tatsache, dass nicht genügend investiert wird, um nur annähernd angemessene Löhne zu zahlen. Die Unterfinanzierung muss daher auch in Basel weiterhin durch unausgebildet PraktikantInnen aufgefangen werden, die mit der vagen Hoffnung auf eine Ausbildungsstelle ausgebeutet werden. Erziehungsdirektor Conradin Cramer verspricht griffige Massnahmen, aber wie die aussehen sollen, bleibt offen. Verständlich. Denn es gibt nur eine griffige Massnahme, und die wurde von den Rechten (einschliesslich Grünliberale) abgelehnt: Der Kanton muss festlegen, dass Praktikantinnen nicht bei den Stellenschlüsseln mitgerechnet werden. Das würde das Problem sehr rasch lösen.

Auch die Arbeitsbedingungen des sonstigen Personals sind den bürgerlichen Parteien unwichtig. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen dazu, und auch die von den Linken geforderte GAV-Pflicht wurde abgelehnt. So bleibt letztlich alles beim Alten: Ausbau der Kinderbetreuung auf Kosten des Personals.

Bedauerlich ist, dass den Eltern so wenig bewusst ist, zu welchen Bedingungen ihre Kinder betreut werden und was es für die Qualität bedeutet, wenn die Hälfte des Personals aus Unausgebildeten besteht. Es ist höchste Zeit, dass die Eltern (und Grosseltern) endlich auf die Barrikaden gehen.